

**Resolution
der CSU-Landtagsfraktion
vom 10. Juli 2024**



**„Ein neuer Aufbruch für unsere
Gesellschaft mit einer verpflichtenden
Gesellschaftszeit“**

1 Unsere Gesellschaft lebt von Menschen, die mehr tun als ihre Pflicht. Sie sind der Kitt
2 unseres gesellschaftlichen Miteinanders. Fast jede und jeder Zweite engagiert sich in
3 Bayern ehrenamtlich. Das macht das Leben im Freistaat so lebenswert. Wir spüren
4 jedoch, dass die Überzeugung, das Gemeinwesen aktiv mitgestalten zu wollen,
5 nachlässt. Aus zahlreichen Gesprächen mit Kirchen, Vereinen, Hilfs- und
6 Blaulichtorganisationen wissen wir, dass es zunehmend schwieriger wird, Frauen und
7 Männer zu finden, die sich längerfristig ehrenamtlich engagieren. Auch die Bereitschaft
8 sich politisch einzubringen oder gar ein politisches Amt zu übernehmen, wird weniger.
9 Gleichzeitig wächst die Erwartungshaltung gegenüber „dem Staat“. Aber auch dort
10 fehlen für viele Aufgaben Kräfte, etwa im sozialen Bereich. Bei der Bundeswehr
11 müssen wir ebenfalls erkennen, dass es mehr Personal braucht, um das eigene Land,
12 die Partner in der EU und das NATO-Bündnis gemeinsam mit unseren Partnern zu
13 verteidigen. Aufgrund einer neuen Bedrohungslage erweist sich die Aussetzung der
14 Wehrpflicht rückblickend als Fehler.

15 Der Staat ist kein abstraktes Gebilde und schon gar kein Motor, der von alleine läuft.
16 Der Staat sind wir alle. Er wird durch die Gesellschaft geformt und lebt durch das
17 Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger. Jede und jeder einzelne ist ein Teil des
18 Staates. Bürger sein heißt auf der einen Seite, Rechte und Freiheiten zu genießen,
19 aber auf der anderen Seite auch, Pflichten gegenüber den Mitbürgern und der
20 Gemeinschaft zu haben, die die Rechte und Freiheiten aller tragen. Das Bewusstsein,
21 dass der Staat kein einseitiger Dienstleister ist, sondern mit dem Engagement vieler
22 einzelner funktioniert, ist existentiell und muss in unserer Gesellschaft neu gestärkt
23 werden.

24 Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist die Grundlage, auf der stabile demokratische
25 Strukturen aufbauen. Die gemeinsam übernommene Verantwortung für unser Land ist
26 aus gutem Grund Teil unseres Wertefundaments. Der Staat braucht Menschen, die
27 sich in seinen Dienst stellen. Und deshalb brauchen wir einen Impuls für mehr
28 Gemeinschaftsgefühl. Wir brauchen mehr Sinn für das Gemeinwohl. Der Wille,
29 gemeinsam den Staat zu tragen, ist Voraussetzung für einen funktionierenden
30 demokratischen Rechtsstaat. Dieses positive Bekenntnis zu unserem Land als
31 Ausdruck einer demokratischen Willensnation und eines darauf bezogenen
32 Patriotismus gehört für uns zu unserer Leitkultur und leistet einen wertvollen Beitrag
33 zur gelingenden Integration. Davon profitieren Gesellschaft und Wirtschaft

34 gleichermaßen, auch wenn letztere junge Menschen, die sich in den Dienst der
35 Gemeinschaft stellen, einige Zeit entbehren muss.

36 Nicht nur der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat deutlich gemacht, wie
37 verletzlich unser Staat ist. Unsere Sicherheit wird im Inneren wie auch im Äußeren
38 durch mannigfaltige Krisen herausgefordert. Aber auch unsere soziale Sicherheit wird
39 künftig nicht mehr auf Dauer zu garantieren sein, wenn nicht die Gesellschaft
40 insgesamt einen größeren Beitrag leistet. Angesichts dieser Herausforderungen
41 besteht die Notwendigkeit neue Wege zu beschreiten, um auch in Zukunft unseren
42 hohen Sicherheits- und Sozialstandard im Interesse der Menschen aufrecht zu
43 erhalten.

44 1. Verpflichtende Gesellschaftszeit für Frauen und Männer

45 Wir setzen uns daher ein für die Einführung einer verpflichtenden Gesellschaftszeit für
46 Frauen und Männer. Die Dauer sollte sich grundsätzlich auf ein Jahr erstrecken. Es
47 braucht allerdings auch flexible Modelle, die verschiedene Lebensentwürfe abdecken,
48 um den jungen Menschen ein möglichst breites Spektrum an Auswahlmöglichkeiten
49 anzubieten. In Betracht kommen beispielsweise Mehrjahresoptionen z.B. für eine
50 berufsbegleitende Ableistung oder ein Lebenszeitkonto. Denkbar ist auch eine Art
51 Reservistenstatus für gesellschaftliche Aufgaben, um die Menschen mit ihren
52 Qualifikationen und Erfahrungen auch über die Gesellschaftszeit hinaus auf freiwilliger
53 Basis einsetzen zu können, wenn sie und ihre Kompetenzen zum Beispiel bei
54 Katastrophen dringend gebraucht werden.

55 Die Gesellschaftszeit bietet die Chance, notwendige soziale, zivile und militärische
56 Sicherheitsstandards auf Dauer zu sichern. Sie trägt zudem zu einem neuen Aufbruch
57 unserer Gesellschaft bei und wird Zugpferd für von Fachkräftemangel betroffene
58 soziale Berufe sein. Für die notwendige Änderung des Grundgesetzes machen wir uns
59 auf Bundesebene stark. Der Dienst kann in für die Gesellschaft zentralen Bereichen
60 des Gemeinwesens wie Kirchen, Hilfs- und Blaulichtorganisationen, sozialen
61 Einrichtungen oder in der Jugendarbeit in Vereinen abgeleistet werden.

62 Wir stimmen mit den Trägerorganisationen überein, dass der verpflichtende Dienst
63 auch darüber hinaus attraktiv ausgestaltet werden muss – etwa durch einen
64 ausreichenden finanziellen Ausgleich und eine hinreichende pädagogische und
65 fachliche Begleitung. Zudem sollen zertifizierte Aus- und Fortbildungen und
66 Anrechnungen für weitere Ausbildungsabschnitte den Dienst für die berufliche Aus-
67 und Weiterentwicklung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer attraktiv machen.
68 Weitere Vergünstigungen wie ein kostenloser Führerschein, Erleichterungen beim
69 Zugang zu Studienplätzen wie etwa beim Medizinstudium über den Sanitätsdienst der
70 Bundeswehr, ein Vorrang bei der Kreditvergabe durch die KfW oder eine bevorzugte
71 Behandlung bei BAföG-Darlehen sollen geprüft werden.

72 Klar ist, dass neben der Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen der Aufbau der
73 notwendigen Strukturen einige Zeit in Anspruch nehmen wird. Mit dem schrittweisen
74 Aufwuchs der Plätze für die Freiwilligendienste muss schon jetzt begonnen werden.
75 Das geringe Platzangebot darf nicht zum Hemmschuh für all diejenigen werden, die

76 sich bereits heute engagieren wollen. Wir fordern daher die Bundesregierung auf, die
77 Rahmenbedingungen für die Freiwilligendienste attraktiver zu gestalten und die Zahl
78 der Plätze für Freiwilligendienste wie das Freiwillige Soziale Jahr, das Freiwillige
79 Ökologische Jahr und den Bundesfreiwilligendienst umfangreich zu erhöhen. Hierfür
80 müssen im Haushalt 2025 die nötigen Weichenstellungen vorgenommen werden.

81 2. Wehrpflicht

82 Wir setzen uns dafür ein, in einem ersten Schritt die Aussetzung der Wehrpflicht
83 stufenweise zurückzunehmen. Ziel muss es sein, eine neu gestaltete Wehrpflicht für
84 Männer und Frauen als einen von mehreren Diensten in die verpflichtende
85 Gesellschaftszeit einzugliedern. Die Zeit drängt: Die notwendige Änderung des
86 Grundgesetzes noch in dieser Legislaturperiode von vornherein auszuschließen, ist
87 eine vertane Chance! Das vom Bundesverteidigungsministerium vorgeschlagene
88 Wehrdienst-Modell reicht nicht, um auf Dauer zur Verstärkung der aktiven Truppe und
89 substanziell zum Aufwuchs der Reserve beizutragen. Um die Verteidigungsfähigkeit
90 unseres Landes sicherzustellen und die Verankerung der Bundeswehr in der Mitte
91 unserer Gesellschaft weiter zu stärken, brauchen wir modern ausgerüstete,
92 kampfstärke, durchhaltefähige Streitkräfte und eine gut ausgebildete Reserve.

93 3. Mehr Anerkennung für und bessere Information über ehrenamtliches Engagement

94 Wir wollen dem ehrenamtlichen Engagement bei Kirchen, Parteien, Vereinen sowie
95 Hilfs- und Blaulichtorganisationen mehr Anerkennung entgegenbringen. Junge
96 Menschen, die sich während der Schul- oder Studienzeit oder während der Ausbildung
97 über einen längeren Zeitraum für das Gemeinwohl engagieren, sollen davon
98 profitieren, beispielsweise mit zertifizierten Aus- und Fortbildungen oder durch eine
99 verstärkte Vergabe der Bayerischen Ehrenamtskarte auch an Nicht-Vereinsmitglieder.

100 Zudem wollen wir Menschen jeden Alters noch besser über die vielfältigen
101 Möglichkeiten ehrenamtlichen Engagements in- und außerhalb von Vereinen
102 informieren. Wir setzen uns daher für einen bayernweiten Informations- und Aktionstag
103 für Schülerinnen und Schüler an bayerischen Schulen ein. Auch wollen wir die
104 (digitalen) bayerischen Freiwilligenplattformen stärker bekanntmachen und eine
105 Informationskampagne „Bayern engagiert sich“ starten.